



Sehr geehrte Damen und Herren,

auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung des Bundesrates standen zahlreiche Gesetze. Zu den bedeutendsten Vorhaben gehörten das Krankenhaustransparenzgesetz und das Wachstumschancengesetz. Beide Gesetze fanden im Bundesrat keine Unterstützung. Die weiteren Beratungen dazu werden deshalb im Vermittlungsausschuss stattfinden. Weiterhin auf der Agenda standen zum Beispiel Vorhaben zur Reform der Stiftungsfinanzierung und zur Beschleunigung der Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich.

Aus den Ländern kamen ebenfalls wichtige Initiativen. Mit Unterstützung Hessens wurde eine Entschließung eingebracht, mit der die Bundesregierung aufgefordert werden soll, einen Gesetzentwurf zur sogenannten Widerspruchslösung im Transplantationsrecht zu beschließen. Damit soll die Zahl der Organspenden erhöht werden. Weiterhin aus den Ländern kamen Vorlagen zum besseren Opferschutz und zur Strafbarkeit der Sympathiewerbung für terroristische Vereinigungen.

Was gab es noch? In dieser Woche hatten wir eine spannende Veranstaltung zum Thema deutsche Minderheiten in Europa. Dazu hatten wir Gäste aus unterschiedlichsten Teilen Europas eingeladen, die in einem interessanten Gespräch über die aktuelle Situation etwa in Polen, Rumänien, Kroatien und anderen Ländern berichteten. In einem waren sich alle einig: Deutsche Minderheiten sind Brückenbauer der Völkerverständigung und damit ganz wesentlich für das friedliche Miteinander in Europa.

Mit freundlichen Grüßen

Lucia Puttrich

Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und
Bevollmächtigte des Landes Hessen beim Bund

BUNDESRAT - Plenarsitzung am 24. November 2023



© Bundesrat | Steffen Kugler

Gesetzesbeschluss des Deutschen Bundestages

Gesetz zur Stärkung von Wachstumschancen, Investitionen und Innovation sowie Steuervereinfachung und Steuerfairness (Wachstumschancengesetz)

Der Bundesrat hat sich heute mit dem Wachstumschancengesetz befasst und verlangt die Einberufung des Vermittlungsausschusses mit dem Ziel der grundlegenden Überarbeitung des Gesetzes. In der vergangenen Woche hat bereits der Deutsche Bundestag den Entwurf der Bundesregierung in zweiter und dritter Lesung beraten und verändert. Ohne die Zustimmung der Länder kann das Gesetz aber nicht in Kraft treten. Die weiteren Beratungen werden deshalb im Vermittlungsausschuss stattfinden.

Bereits im Oktober 2023 hatte der Bundesrat zu dem Gesetzentwurf umfassend Stellung genommen und 50 konkrete Änderungen, Ergänzungen oder Streichungen gefordert. Die geäußerten Vorschläge wurden allerdings im weiteren Gesetzgebungsverfahren allenfalls punktuell übernommen. Vor diesem Hintergrund sieht der Bundesrat grundlegenden Überarbeitungsbedarf, wie z. B. eine bürokratiearme Umsetzung der neuen Klimaschutz-Investitionsprämie. Diese solle nicht durch die Finanzämter, sondern zentral durch das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle ausgezahlt werden.

>>> [mehr unter Bundesrat.de](https://www.bundesrat.de)



© Bundesrat | Steffen Kugler

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Kindergrundsicherung

Der Gesetzentwurf wurde heute im ersten Durchgang im Bundesrat beraten. Die Länder sehen umfangreichen Nachbesserungsbedarf und haben daher eine umfassende Stellungnahme beschlossen.

Die Bundesregierung verfolgt mit dem Gesetzentwurf das Ziel, bessere Chancen für Kinder und Jugendliche zu schaffen, mehr Familien und ihre Kinder mit Unterstützungsbedarf zu erreichen sowie Kinderarmut wirksam zu bekämpfen. Daher sollen bestehende monetären Leistungen für Kinder – nämlich Kindergeld (BKGG und EStG), Bürgergeld (SGB II), Sozialhilfe (SGB XII), Kinderzuschlag (BKGG) sowie Bildungs- und Teilhabeleistungen – zu einer Leistung, der Kindergrundsicherung, zusammengeführt werden. Diese soll aus Kindergarantiebtrag (entspricht heutigem Kindergeld), Kinderzusatzbetrag (einkommensabhängig) und sowie den Bildungs- und Teilhabeleistungen (bei Bezug von Kinderzusatzbetrag oder Wohngeld) bestehen.

>>> [mehr unter Bundesrat.de](https://www.bundesrat.de)



© Bundesrat | Steffen Kugler

EU-Vorlage

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für Mediendienste im Binnenmarkt (Europäisches Medienfreiheitsgesetz) und zur Änderung der Richtlinie 2010/13/EU

Der Bundesrat hat heute zum Verordnungsvorschlag der Kommission Stellung genommen. Die EU-Initiative verfolgt das Ziel, Hindernisse für das Funktionieren des EU-Medienbinnenmarkts zu beseitigen sowie die Unabhängigkeit der Medien in der EU stärken. Die VO umfasst unter anderem Schutzvorkehrungen gegen politische Einflussnahme auf redaktionelle Entscheidungen und gegen Überwachung. Ferner ist die Errichtung einer neuen EU-Behörde für Medienaufsicht geplant.

Der Bundesrat hatte in seiner Sitzung am 25. November 2022 eine Subsidiaritätsrüge gegen den Verordnungsvorschlag erhoben. In der Begründung heißt es, dass das geplante Medienfreiheitsgesetz im Kern nicht Fragen des Binnenmarktes, sondern des Presse- und Medienrechts regelt, wo die EU keine Kompetenz hat. Zudem sei die Einrichtung einer Behörde für Medienaufsicht mit so weitreichenden Kompetenzen unverhältnismäßig.

Die Bundesregierung hatte die Verhandlungsführung im Europäischen Rat mit Schreiben von Bundeskanzler Scholz Ende 2022 auf die Länder übertragen. Der Bundesrat hat heute einen Folgebeschluss gefasst. Mit einer Wiederholung der inhaltlichen Kritik erinnert der Bundesrat daran, dass die Bundesregierung die Stellungnahme des Bundesrates maßgeblich berücksichtigen muss, da im Schwerpunkt die Kulturhoheit der Länder betroffen ist (Artikel 23 Absatz. 5 Satz 2 GG).

>>> [mehr unter Bundesrat.de](https://www.bundesrat.de)



© Bundesrat | Steffen Kugler

Länderinitiative

Entschließung des Bundesrates „Einführung einer Widerspruchslösung als Grundlage für die Zulässigkeit der Organentnahme im Transplantationsgesetz (TPG)“

Der Bundesrat hat heute einen Entschließungsantrag zur so genannten Widerspruchslösung im Transplantationsrecht beraten und anschließend in die Fachausschüsse des Bundesrates überwiesen. Die Bundesratsinitiative verfolgt das Ziel, die Zahl der Organspenden zu erhöhen. Daher wird die Bundesregierung aufgefordert, einen Gesetzentwurf zur so genannten Widerspruchslösung im Transplantationsrecht zu beschließen.

Die Situation der Organspende ist (weiterhin) von einem signifikanten Organmangel gekennzeichnet. Die Zahl sei konstant auf niedrigem Niveau, obwohl Bund und Länder langjährige Aufklärungs- und Informationskampagnen durchgeführt haben. Die Länder fordern daher einen Paradigmenwechsel, so dass bei einer Widerspruchslösung grundsätzlich jede Person Organspenderin beziehungsweise -spender ist, außer, diese Person oder – nach ihrem Tod – Ersatzpersonen wie etwa die nächsten Angehörigen widersprechen der Organentnahme. Der Hessische Sozialminister Kai Klose hielt zu diesem Tagesordnungspunkt im Plenum eine Rede.

>>> [zum Video](#)

Die Hessische Landesvertretung - ein Treffpunkt in Berlin

Podiumsdiskussion

"Deutsche Minderheiten als Brücken der Völkerverständigung in Europa"

In fast allen Mitgliedstaaten der EU leben nationale Minderheiten. Die Geschichte und die aktuelle Situation der deutschen Minderheiten in Osteuropa waren Gegenstand einer Podiumsdiskussion in der Hessischen Landesvertretung Berlin. Diese Bevölkerungsgruppen, die stark durch die Erfahrungen von Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert geprägt worden sind, bilden bis heute einen Anker ihrer Kultur und Traditionen.

Die Hessische Europaministerin Lucia Puttrich hatte zu dieser Diskussionsveranstaltung Gesprächspartner mit bemerkenswerten Lebensbiografien eingeladen. Mit dabei waren u. a. Dr. Bernd Fabritius, Präsident Bund der Vertriebenen, Vladimir Ham, Vorsitzender der Deutschen Gemeinschaft - Landsmannschaft der Donauschwaben in Kroatien, Dr. Petr Koura, Historiker und Direktor des Collegium Bohemicum in Tschechien, Weronika Koston, Vorsitzende Bund der Jugend der Deutschen Minderheit in Polen sowie Renata Trischler, Koordinatorin der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten. Die Podiumsteilnehmer teilten ihre persönlichen Erfahrungen mit dem Publikum und spannten den Bogen zur aktuellen Situation der deutschen Minderheiten.

23. November 2023



© HLV Berlin | Simone M. Neumann

175 Jahre Paulskirche

"Der europäische Blick auf die Wiege der deutschen Demokratie"

Sechs europäische Journalistinnen und Journalisten diskutierten darüber, wie es um die freiheitliche Demokratie in Deutschland und Europa angesichts erstarkender links- und rechtspopulistischer Kräfte bestellt ist. Wirken die Ereignisse des Jahres 1848 in einigen EU Staaten bis heute nach? Gibt es Parallelen zwischen den Herausforderungen von damals und heute? Und was ist von den Ideen der Paulskirche im heutigen Europa geblieben? Die Einführung und Moderation übernahm Ewald König, österreichischer Journalist und Leiter des Berliner Korrespondentenbüros. Das Podium setzte sich zusammen aus den weiteren Medienvertretern Cécile Calla, französische Journalistin und Sachbuchautorin, Tonia Mastrobuoni, italienische Korrespondentin für "La Repubblica", Georgios Pappas Korrespondent für den griechischen Sender "ERT", Pavel Pólak, Mitarbeiter beim Tschechischen Fernsehen und Rob Savelberg, niederländischer Korrespondent für "De Telegraaf".

>>> Mehr unter landesvertretung.hessen.de

8. November 2023



© HLV Berlin | Simone M. Neumann

Jazz in den Ministergärten - 20-jähriges Jubiläum

Das Musikfestival „Jazz in den Ministergärten“ feierte in diesem Jahr sein 20-jähriges Jubiläum. 1200 Gäste besuchten einzelne Konzerte in den beteiligten sieben Landesvertretungen Hessen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz, Saarland, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern.

Hessen präsentierte sich erneut mit namenhaften Künstlern aus der Jazzszene. Darunter der weltweit erfolgreiche Tenor-Saxophonist Rick Margitza und die mehrfach ausgezeichnete Jazzsängerin Fay Claassen, die zusammen mit dem exzellenten Musiker-Trio aus Kontrabassist Peter Nitsch, Pianist Rainer Böhm und dem Schlagzeuger Tobias Backhaus ein stilistisch breit gefächertes Repertoire anboten. Die Musiker überzeugten mit Jazzklassikern, die neu entdeckt und individuell interpretiert wurden.

20. Oktober 2023



©HLV Berlin | C. Müller-Elschner

TERMINVORSCHAU

Plenarsitzung des Bundesrates

Der Bundesrat wird am 15. Dezember 2023 erneut zusammentreten.

Plenarwoche des Deutschen Bundestags

Die nächste Sitzungswoche des Deutschen Bundestags findet vom 27. November bis 1. Dezember 2023 statt.

Sollten Sie kein Interesse an unserem Newsletter haben, dann klicken Sie bitte auf folgenden [Abmeldelink](#). Ihre Daten werden danach bei uns gelöscht.

Korrekturen Ihrer Kontaktdaten können Sie gerne an veranstaltungen@lv.hessen.de senden.

Wir speichern auf Basis von Art. 6 Abs. 1 Buchst. e DSGVO Ihre Kontaktdaten, um Ihnen den Informationsdienst der Hessischen Landesvertretung zuzuschicken. Damit Sie diesen Newsletter auch zukünftig erhalten, speichern wir Ihre Daten dauerhaft, solange Sie der Speicherung Ihrer Daten nicht widersprechen.

Sie haben das Recht, von uns Auskunft über die bei uns zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten. Sie können der Speicherung widersprechen und haben das Recht auf Berichtigung, Sperrung/Einschränkung und Löschung Ihrer gespeicherten Daten.

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist die Hessische Landesvertretung, In den Ministergärten 5, 10117 Berlin, datschutzbeauftragter@lv.hessen.de.

Sie können sich über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten bei der zuständigen Aufsichtsbehörde beschweren. Das ist der Hessische Datenschutzbeauftragte, Gustav-Stresemann-Ring 1, 65189 Wiesbaden.

Bildnachweise Banner ©Henning Schacht (1., 3., 4. v.l.), ©Bundesrat | Sascha Radke (2.v.l.), ©Simone M. Neumann (5. v.l.)

Hessische Landesvertretung
In den Ministergärten 5
10117 Berlin